Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

zur Übertragung der ÖPNV-Aufgabenträgerschaft für die U-Bahnlinie U1 auf der Teilstrecke Garstedt - Norderstedt Mitte

zwischen

1. der Stadt Norderstedt, vertreten durch die Oberbürgermeisterin, Frau Elke Christina Roeder, Rathausallee 50, 22846 Norderstedt,

nachfolgend die „**Stadt**“ genannt,

und

2. dem Kreis Segeberg, vertreten durch den Landrat, Herrn Jan Peter Schröder, Hamburger Straße 30, 23795 Bad Segeberg,

nachfolgend der „**Kreis**“ genannt,

nachfolgend zusammen auch die „**Parteien**“ genannt

Präambel, Ausgangslage

(1) Aufgabenträger ÖPNV, Gesellschafter VGN

Aufgabenträger für den übrigen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sind die Kreise und kreisfreien Städte nach § 2 Abs. 2 ÖPNVG. Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Kreise und kreisfreien Städte ist es, für eine ausreichende Bedienung im übrigen ÖPNV zu sorgen. Der Kreis Segeberg ist derzeit Aufgabenträger für die Strecke der U1 von der Landesgrenze Schleswig-Holstein zu Hamburg bis zur Haltestelle Norderstedt Mitte.

Der Kreis und die Stadt sind Gesellschafter der Verkehrsgesellschaft Norderstedt mbH (VGN). Der Kreis Segeberg ist an der VGN zu 25% beteiligt, die Stadt Norderstedt zu 75%. Die VGN erbringt Verkehrsleistungen im übrigen ÖPNV auf der Teilstrecke Garstedt – Norderstedt Mitte der Linie U1 auf dem Gebiet der Stadt Norderstedt.

(2) Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen Land Schleswig-Holstein, Kreis Segeberg und Stadt Norderstedt vom 07./14./18.12.1987

Das Land Schleswig-Holstein, der Kreis und die Stadt haben am 07./14./18.12.1987 eine „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung für den Schienenpersonennahverkehr (ÖSPNV) im Raum Norderstedt / Henstedt-Ulzburg / Kaltenkirchen“ geschlossen. Hierzu wurde am 06./09./12.09.1991 eine „Zusatzvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für den öffentlichen Schienenpersonennahverkehr (ÖSPNV) im Raum Norderstedt / Henstedt-Ulzburg / Kaltenkirchen vom 18.12.1987“ geschlossen.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung verfolgt das Ziel, auf der Strecke von Norderstedt-Garstedt bis Ulzburg-Süd den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und den übrigen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in kommunaler Trägerschaft zu fördern und die Verkehrsleistungen in diesem Bereich zu verbessern.

Zur Erreichung dieses Ziels regelt die öffentlich-rechtliche Vereinbarung vom 07./14./18.12.1987 nebst Zusatzvereinbarung vom 06./09.12.09.1991 insbesondere die gemeinsame Finanzierung des ÖPNV und SPNV auf der Strecke von Norderstedt-Garstedt bis Ulzburg-Süd.

Der ÖPNV und der SPNV auf dieser Strecke werden bislang in Verantwortung der VGN durchgeführt. Die Erbringung der ÖPNV-Leistungen auf der Linie U1, Streckenabschnitt Garstedt bis Norderstedt-Mitte, erfolgt durch die Hamburger Hochbahn AG (HHA). Die SPNV-Leistungen auf der Linie A2, Norderstedt-Mitte bis Ulzburg-Süd/Kaltenkirchen, werden durch die AKN Eisenbahn GmbH erbracht. Grundlage hierfür sind die von VGN mit HHA am 10.11.1992 und mit AKN unter dem Datum des 29.06./03.07.1992 geschlossenen Betriebsführungsverträge, welche die Erbringung der ÖPNV-Leistungen auf der Teilstrecke Garstedt bis Norderstedt Mitte der U1 durch die HHA sowie der SPNV-Leistungen auf der Eisenbahnstrecke A2 von Norderstedt-Mitte bis Ulzburg-Süd durch die AKN im Auftrag der VGN regeln.

Das Land Schleswig-Holstein beabsichtigt, die AKN nunmehr direkt mit der Erbringung der SPNV-Leistungen auf der Linie A2 Kaltenkirchen - Ulzburg-Süd - Norderstedt-Mitte

zu beauftragen und deshalb die bestehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis und der Stadt mit Ablauf des 31.12.2020 aufzuheben.

Der Kreis und die Stadt wollen ihre Kooperation zur Erbringung von ÖPNV-Leistungen ab dem 01.01.2021 fortsetzen und die VGN im Wege einer Direktvergabe (In-House-Vergabe) unmittelbar mit der Erbringung der ÖPNV-Leistungen auf der U1-Teilstrecke von Garstedt bis Norderstedt-Mitte beauftragen.

(3) Vergabe- und beihilferechtliche Anforderungen

Mit der Neuregelung von vergabe- und beihilfenrechtlichen Anforderungen des ÖPNV- und SPNV-Marktes ist eine Neugestaltung der rechtlichen Grundlagen für die Erbringung von ÖPNV-Leistungen durch die VGN erforderlich. Daher sollen durch die Übertragung der Aufgabenträgerschaft die ÖPNV-Leistungen auf der U1-Teilstrecke Garstedt – Norderstedt Mitte die nötigen rechtlichen Voraussetzungen für eine Direktvergabe (In-House-Vergabe) dieser Verkehrsleistungen von Kreis und Stadt an die VGN geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund vereinbaren die Parteien das Folgende:

§ 1

Übertragung der Aufgabenträgerschaft

(1) Die ÖPNV-Aufgabenträgerschaft für die U1 auf der Teilstrecke:

Garstedt – Norderstedt Mitte

wird auf die Stadt in gemeinsamer strategischer Steuerung zum 01.01.2021 übertragen. Die Dauer der Übertragung richtet sich nach § 8 Abs. 1. Nicht übertragen wird die Aufgabe der pauschalen Abgeltung der Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr nach § 6 Abs. 3 i.V.m. § 9 Abs. 2 ÖPNVG-SH. Diese letztgenannte Aufgabe verbleibt beim Kreis.

(2) Die gemeinsame strategische Steuerung soll auf der Grundlage der gemeinsamen Kontrolle über die VGN

- mittels Wahrnehmung der Gesellschafterrechte,
- mittels Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Gesellschaft und Wahrnehmung konkreter Beschlussrechte insbesondere über den Wirtschaftsplan und Jahresabschluss der Gesellschaft sowie
- mittels konkreter Vorgaben (vgl. § 2) für den zu vergebenden öffentlichen Dienstleistungsauftrag für die Verkehrsleistung gemäß Abs. (1)

erfolgen.

§ 2

Direktvergabe der ÖPNV-Leistungen auf der Teilstrecke der U1 von Garstedt bis Norderstedt Mitte

- (1) Mit der Erbringung der vereinbarungsgegenständlichen ÖPNV-Leistungen auf der U1-Teilstrecke Garstedt – Norderstedt Mitte wird die gemeinsame Gesellschaft von Kreis und Stadt – VGN – auf der Grundlage eines gesonderten öffentlichen Dienstleistungsauftrags beauftragt.
- (2) Der öffentliche Dienstleistungsauftrag muss insbesondere Regelungen zu den nachfolgend aufgelisteten Punkten enthalten:
 - Beschreibung Art der Verkehrsdienste sowie den genauen Streckenabschnitt, auf dem die Leistungen erbracht werden sollen, mit Angabe des Zuständigkeitsgebietes der zuständigen Behörde (vgl. § 1 Abs. (1)).
 - Begrenzungskriterium für den Umsatzanteil weiterer Dienstleistungen der VGN (Ausschließlichkeit, bis zu 20% des Gesamtumsatzes der VGN) außerhalb des zu schließenden Dienstleistungsvertrages.
 - Durchführungsvorschriften für die Aufteilung und Abgrenzung der Aufwendungen, die mit der ÖPNV-Leistung in Verbindung stehen (Kostenarten; Abgrenzung von Kosten, die nicht durch die beauftragte Dienstleistung verursacht werden – Vorgabe einer buchhalterischen Trennungsrechnung).
 - Durchführungsvorschriften für eine ex ante- und ex post-Überkompensationskontrolle von Ausgleichsleistungen der Parteien an die VGN; die Durchführungsvorschriften müssen Beschreibungen einer strategischen Vorabparametrisierung mit den wesentlichen Parametern „Investitionen und deren Finanzierung“, „Qualität“ und „Mittelfristige Einflussgrößen auf wesentliche Ansätze für die Entwicklung des finanziellen Netto-Effekts für Ausgleichsleistungen“ – zu bezeichnen als „**Budget**“ – enthalten; ferner müssen die Vorschriften Rahmenvorgaben für die jährlich aufzustellenden **Wirtschaftspläne** (zur Konkretisierung der strategischen Vorabparametrisierung im Hinblick auf das Folgejahr) sowie zur Aufstellung der **Jahresabschlüsse** der VGN (zur ex post-Überkompensationskontrolle) enthalten.
 - Vorschriften über die finanziellen Konsequenzen aus Überkompensationen (Ist-Ausgleichs-Netto-Effekt > als strategisch vorgegebener Plan-Ausgleichs-Netto-Effekt) sowie finanzielle Anreize für das Unterschreiten des strategischen Plan-Ausgleichs-Netto-Effektes für die Parteien dieses Vertrages.
 - Vorgabe der Leistungs- und Fahrgeldeinnahmen- bezogenen Einbindung in den Hamburger Verkehrsverbund (HVV) über Beitritt zum Kooperationsvertrag mit der HVV GmbH.
 - Vorgaben und Anreize zur Qualitätsentwicklung der vereinbarungsgegenständlichen ÖPNV-Leistungen und Hinweise zu den von VGN zu beachtenden Sozial- bzw. Qualitätsstandards.

- Vorgabe über die Zulässigkeit und die Höchstgrenze von Unterbeauftragungen durch VGN (Regelung zur Selbsterbringungsquote).
- (3) Finanzielle Ausgleichsleistungen erfolgen nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

§ 3

Finanzielle Ausgleichsleistungen der Partner an die VGN

- (1) Die Partner leisten auf der Grundlage des zu schließenden öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit der VGN (vgl. § 2) Ausgleichszahlungen für die nicht durch Einnahmen von Dritten gedeckten betriebsnotwendigen Aufwendungen im Zusammenhang mit der beauftragten Personenbeförderungsleistung. Die Ausgleichsleistungen erfolgen auf der Grundlage und im Rahmen des zwischen der Stadt/Stadtwerke Norderstedt und VGN geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages (vgl. § 5).
- (2) Als Einnahmen sind insbesondere zu berücksichtigen:
- Einnahmen aus dem Fahrscheinverkauf
 - gesetzliche Ausgleichszahlungen (z.B. für Ausbildungsverkehr, Schwerbehindertenbeförderung nach SGB IX) sowie
 - sonstige direkt in Verbindung mit den vereinbarungsgegenständlichen ÖPNV-Leistungen erzielte Erlöse
- (3) Ausgleichszahlungen auf gesonderter gesetzlicher Grundlage nach Abs. (2), zu deren Leistung ein Partner dieser Vereinbarung verpflichtet ist, werden nicht auf die finanzielle Ausgleichsverpflichtung nach § 4 der Vereinbarung angerechnet.
- (4) Finanzielle Ausgleichsleistungen der Partner nach diesem Vertrag erfolgen nur bezogen auf nachgewiesene und buchhalterisch gesondert dokumentierte Aufwendungen (Trennungsrechnung – vgl. § 2 Abs. (2), dritter Punkt). Soweit VGN Unterauftragnehmer für die Erbringung der vereinbarungsgegenständlichen ÖPNV-Leistungen beauftragt, sollen die Vereinbarungen zu deren Beauftragung transparente Regelungen in Anlehnung an § 2 Abs. (2) enthalten. Auf dieser Grundlage erstattet VGN ihren Unterauftragnehmern die betriebsnotwendigen Aufwendungen für den beauftragten Leistungsumfang.

§ 4

Finanzielle Ausgleichsleistungen der Partner untereinander

- (1) Die Partner gleichen sich die Haushaltsauswirkung aus ihrer Zusammenarbeit nach dieser Vereinbarung nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze aus.
- (2) Die Stadt übernimmt im ersten Schritt die komplette Ausgleichsleistung auf der Grundlage des zwischen ihr / den Stadtwerken Norderstedt und VGN geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages.

- (3) Soweit und solange zwischen der Stadt Norderstedt – Stadtwerke – und VGN die körperschaftsteuerlichen Organschaftsvoraussetzungen gemäß § 5 vorliegen, ist die daraus resultierende Steuerersparnis bei der Berechnung des Ausgleichsbetrages gemäß dem nachfolgenden Abs. (4) zu berücksichtigen.
- (4) Stadt und Kreis gleichen die aus der vollständigen Verlustübernahme der VGN entstehende Auswirkung auf den Haushalt der Stadt wie nachstehend beschrieben aus:
 - (4.1.) Der dieser Vereinbarung nach § 2 Abs. (2) auf der Grundlage einer Trennungsrechnung zuzurechnende und übernommene handelsrechtliche Verlust der VGN wird bereinigt um die finanziellen Auswirkungen der ÖPNV-Leistungen, denen der Kreis gemäß § 7 Abs. (2) nicht zugestimmt hat.
 - (4.2.) Der verbleibende Verlust gemäß Abs. (4.1.) wird vermindert um den anteiligen rechnerischen Steuervorteil, den die Stadtwerke Norderstedt ggf. aus der vertraglichen Ergebnisübernahmeverpflichtung haben.
 - (4.3.) Von dem nach Abs. (4.2.) verbleibenden Betrag tragen Stadt und Kreis je die Hälfte. Der Kreis zahlt seinen Anteil zum Ausgleich der Haushaltsbelastung bei der Stadt direkt an die Stadt.
- (5) Die Stadt kann angemessene Abschlagszahlungen auf den nach den Kriterien gemäß Abs. (4) zu ermittelnden voraussichtlichen Ausgleich verlangen.
- (6) Ein Rechtsanspruch der Stadt auf Ausgleichszahlungen des Kreises besteht nicht. Wenn der Kreis die Ausgleichszahlungen nicht leistet, steht der Stadt ein Kündigungsrecht dieser Vereinbarung zu.

§ 5

Steuerlicher Querverbund ÖPNV mit Aufgaben des Eigenbetriebes Stadtwerke Norderstedt

- (1) Die VGN hat mit Datum vom 28.09.1988 einen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadt Norderstedt – Stadtwerke – geschlossen. Danach ist die VGN verpflichtet, ihren Gewinn an die Stadtwerke Norderstedt abzuführen und diese im Gegenzug dazu, die Verluste der VGN abzudecken.
- (2) Die Stadtwerke Norderstedt können die aufgrund des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages übernommenen Verluste im Rahmen eines von den Finanzbehörden derzeit anerkannten Querverbundes mit den übrigen Versorgungsaufgaben insbesondere der Energie- und Wasserversorgung steuermindernd berücksichtigen. Der steuerliche Querverbund führt zu einer Reduzierung der nach dieser Vereinbarung vom Kreis an die Stadt zu leistenden Ausgleichszahlung (vgl. § 4 Abs. (4)).

§ 6

Finanzierung Investitionen

- (1) Investitionen zur Erbringung der vereinbarungsgegenständlichen Verkehrsleistungen, z. B. in die Infrastruktur, sollen durch öffentliche Zuschüsse Dritter (öffentliche Zuwendungen, Zuschüsse aufgrund sonstiger gesetzlicher Regelungen) und, insoweit die Anschaffungs- und Herstellungskosten daraus nicht vollständig gedeckt werden können, je zur Hälfte durch die Stadt und den Kreis getragen werden. Alternativ können Investitionen auch über den nach § 2 zu schließenden öffentlichen Dienstleistungsauftrag erfolgen, wenn die Parteien sich darauf einigen.
- (2) Die Zuschüsse nach Abs. (1) sollen direkt an die VGN gezahlt werden – der VGN obliegt dann die Erstellung des Verwendungsnachweises – oder ihr, über die Haushalte der Partner vermittelt, zugeleitet werden.
- (3) Insoweit die Investitionen vollständig durch Zuschüsse Dritter sowie von Stadt und Kreis getragen werden, werden diese – entsprechend den jeweils geltenden handels- und/oder steuerrechtlichen Vorschriften – bei der VGN entweder von den im Anlagevermögen zu bilanzierenden Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt oder eigenständig als Investitionszuschüsse passiviert. In beiden Fällen entsteht dann kein Netto-Aufwand aus der Abnutzung der Investitionen bei der VGN und damit hieraus keine Haushaltsbelastung der Stadt mehr.
- (4) Ein Rechtsanspruch der VGN oder der Stadt bzw. des Kreises auf die Leistung von Investitionszuschüssen durch jeweils Stadt und Kreis gemäß Abs. (1) besteht nicht.

§ 7

Einflussrechte Kreis Segeberg

- (1) Änderungen des vereinbarungsgegenständlichen Verkehrsleistungsumfangs können nur im beiderseitigen Einvernehmen von Stadt und Kreis beschlossen werden. Die Beschlussfassung erfolgt durch die schriftliche Zustimmung des Kreises gegenüber der Stadt zu einer entsprechenden Änderung des Dienstleistungsvertrages gemäß § 2 Abs. (1).
- (2) Erbringt die VGN Verkehrsleistungen außerhalb des vereinbarungsgegenständlichen Leistungsumfangs, z.B. aufgrund gesonderter Beauftragung durch die Stadt oder Dritter, so ist der Kreis nicht verpflichtet, hierfür Ausgleichszahlungen nach § 3 zu leisten. Die VGN ist zur Führung entsprechend getrennter Konten gemäß § 2 Abs. (2) verpflichtet, um dem Kreis die Grundlagen für seine Ausgleichszahlungen nachzuweisen.

§ 8

Laufzeit, Kündigung

- (1) Diese Vereinbarung wird mit Wirkung vom 01.01.2021 auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie endet automatisch, wenn der öffentliche Dienstleistungsauftrag gemäß § 2 nicht mehr besteht, d.h. die VGN nicht mehr mit der vereinbarungsgegenständlichen Leistung beauftragt ist.
- (2) Jede Partei ist berechtigt, diese Vereinbarung mit einer Frist von vier Jahren zum Jahresende zu kündigen.
- (3) Eine außerordentliche – vorzeitige – Kündigung dieser Vereinbarung kann mit einer Frist von zwei Jahren zum Jahresende erfolgen, wenn
 - (3.1.) der Verkehr auf der vereinbarungsgegenständlichen Strecke eingestellt oder durch andere Verkehrsmittel ersetzt wird,
 - (3.2.) sich die Finanzierungsgrundlagen der Aufgabenübertragung wesentlich ändern und diese nicht durch eine entsprechende Regelung ersetzt werden,
 - (3.3.) sich die rechtlichen, insbesondere die vergabe- oder beihilferechtlichen oder die steuerrechtlichen Grundlagen der Erbringung von ÖPNV-Leistungen wesentlich verändern,
 - (3.4.) andere schwerwiegende Gründe vorliegen, die einer Fortsetzung der ÖPNV-Aufgabenträgerschaft durch den Kreis und die Stadt auf der in § 1 dieser Vereinbarung genannte Strecke entgegenstehen.
- (4) Der Stadt steht im Falle des § 4, Abs. (6) ein Kündigungsrecht mit einer Frist von zwei Jahren zum Jahresende zu.
- (5) Die Kündigung hat schriftlich gegenüber allen Parteien zu erfolgen.

§ 9

Schriftform

- (1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (2) Diese Formvorschrift kann nur schriftlich außer Kraft gesetzt werden.

§ 10

Salvatorische Klausel

- (1) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder künftig unwirksam oder undurchführbar werden, so werden die übrigen Regelungen dieses Vertrages davon nicht berührt.
- (2) Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung verpflichten sich die Parteien schon jetzt, eine wirksame Regelung zu vereinbaren, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung rechtlich und wirtschaftlich möglichst nahekommt. Entsprechendes gilt für die Ausfüllung von Lücken dieses Vertrages.

.....
Ort, Datum

.....
Kreis Segeberg
Der Landrat

.....
Ort, Datum

.....
Stadt Norderstedt
Die Oberbürgermeisterin